

Signale zur Berufsbildung

Auf dem Organigramm des neuen Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) konnte die Verdrängung der Berufsbildung auf die dritte Ebene gerade noch verhindert werden. Umso mehr sind jetzt klare Signale zu Gunsten einer strategisch ausgerichteten Berufsbildungspolitik gefordert. **Jürg Zellweger**



Bild: Rob Lewis

Jürg Zellweger ist Mitglied der Geschäftsleitung des Schweizerischen Arbeitgeberverbands.

Seit Anfang Jahr ist das neu geschaffene Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation für Fragen der Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik zuständig. Es ist aus der Zusammenführung des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie und dem Staatssekretariat für Bildung und Forschung entstanden. Nach den Turbulenzen über die Besetzung der obersten Leitung dieser wichtigen Verwaltungseinheit (250 Mitarbeitende mit Fördermitteln von rund 4 Milliarden Franken), sorgt immer noch das Organigramm für Irritationen. Und es fragt sich: Verliert die Berufsbildung beim Bund an Stellenwert? In der Tat: Bisher verfügte die Berufsbildung über ein «eigenes Bundesamt» mit einem direkten Draht zum Bundesrat. Die erste Fassung des Organigramms enttäuschte. Es sah drei Direktionsbereiche Bildung, Hochschulen und Innovation vor. Die Berufsbildung war auf dieser Ebene schlicht nicht mehr sichtbar und erschien erst auf der dritten Ebene in der Verwaltungshierarchie. Ein irritierender Abstieg. Zumindest sprachlich wurde zwischenzeitlich korrigiert: Ein Direktionsbereich wird nun mit «Berufsbildung und allgemeine Bildung» bezeichnet.

Warum ist die Frage der Positionierung in einem Organigramm so wichtig? Einerseits hat dies sehr viel mit der gesellschaftlichen Anerkennung der Berufsbildung als hochwertiges und äusserst

erfolgreiches Bildungsmodell zu tun. Immerhin absolvieren zwei Drittel aller Jugendlichen eine Lehre! Andererseits ist eine hohe Positionierung der Berufsbildung in diesem Amt eine Notwendigkeit, um die komplexen Kooperationen zwischen den Arbeitsmarkt-Akteuren und den Bundes- und Kantonsstellen in diesem Bereich produktiv bewältigen zu können. Alleine bei der Berufslehre geht es für den Bund darum, rund 250 Berufe zu betreuen und mit den Verbänden weiter zu entwickeln. Die Wirtschaft investiert jährlich über 5 Milliarden direkt in die Ausbildung von Lehrlingen. Unter anderem werden die vom SBFI gesetzten Rahmenbedingungen darüber entscheiden, wie sich Ausbildungs- und Investitionsbereitschaft der Wirtschaft entwickeln. Aktuell stark gefordert ist der Bund zudem in der höheren Berufsbildung: Die heutigen Rahmenbedingungen – auch die finanziellen – dieser Schweizer Spezialität genügen den Ansprüchen des modernen und expandierenden Bildungswesens nicht mehr.

Es sind deshalb vorausschauende Strategen und erfahrene Projektleitende innerhalb des SBFI gefragt, um die in der Berufsbildung aktiven privaten Kräfte optimal zu nutzen und diese mit einer langfristig ausgerichteten Bildungspolitik unter einen Hut zu bringen – abgestimmt auf die Sozial-, Migrations- und Arbeitsmarktpolitik. Dabei werden auch Fragen im Zusammenhang mit der Internationalisierung immer wichtiger. Nur mit einer starken Positionierung der Berufsbildung im SBFI kann der Bund weiterhin erfolgreich als Interessen-Integrator zwischen den Branchenverbänden, Sozialpartnern, Kantonen und Ausbildungsinstitutionen wirken – und gleichzeitig die nötige Entwicklungsarbeit leisten. Bundesrat Schneider-Ammann will sich als neuer Bildungsminister für eine starke Berufsbildung einsetzen. Nun warten wir auf entsprechende Signale aus dem SBFI. Dazu sind vor allem klare Ziele für die Weiterentwicklung der höheren Berufsbildung sowie der zügige Ausbau des nötigen Know-hows im neuen Staatssekretariat nötig. ■